

50 Jahre nach ihrem Godesberger Programm geht der SPD ihr sozialpartner-schaftlicher Geist verloren. Sie verkennt ihre Aufgabe, neue soziale Milieus mit der Marktwirtschaft zu versöhnen.

Die Versuchung der Feindbilder

5. März 2009, Gerd Held

Die Programme unserer politischen Parteien sind nicht einfach Werbespots. Aus ihnen spricht der Geist der jeweiligen Partei. Man erkennt die Blickrichtung, in der diese Partei Lösungen sucht. Es mag zwar „cool“ sein, Wahlaussagen nur als Kommunikationsspiele und Marketingstrategien anzusehen. Aber in einer Zeit, in der das Land Vertrauen und Orientierung sucht, gibt es gute Gründe, unsere politischen Parteien wieder mehr Respekt zu zollen – indem wir ihre Worte schwerer wiegen lassen. Wenn das gilt, sind die Zeichen nicht gut, die uns in den ersten Tagen des Wahljahres 2009 von der deutschen Sozialdemokratie erreichen. Eine ungewöhnlich aggressive und ressentimentgeladene Sprache hat sich hier eingeschlichen. Da behauptet Franz Müntefering zur Eröffnung des hessischen Wahlkampfes, dass diejenigen, die in der Krise Steuersenkungen forderten, „nur den Reichen die Taschen füllen“ wollten. Das ist sachlich schlicht falsch und verrät die Neigung, ein Feindbild „arm gegen reich“ aufzubauen. In der Öffentlichkeit soll eine einseitige Zuweisung von Schuld und Lasten durchgesetzt werden - zu Beginn eines Jahres, das für unser Land wirtschaftlich und politisch sicher einen Scheidepunkt markiert. Die SPD könnte auch einen ganz anderen Akzent setzen und die Bedeutung der Sozialpartnerschaft zwischen Arbeit und Kapital hervorheben. Aber sie trägt lieber Spaltung in die Gesellschaft. Der Sozial-Mephisto Müntefering verwandelt die Sorgen und Ängste, die viele Menschen haben, in Neid und Wut gegen andere Menschen. Der SPD-Spitzenkandidat in Hessen hat seinen Konkurrenten von der CDU als „neoliberalen Lobbyisten“ bezeichnet. Er unterstellt damit, dass Roland Koch seine Positionen nicht aus Überzeugung vertritt, sondern weil er dafür bezahlt wird. Nun lebt jeder demokratische Wahlkampf von der Voraussetzung, dass die Hauptkontrahenten sich als politische Alternativen grundsätzlich anerkennen. Die Worte Schäfer-Gümbels in Hessen zeigen, dass die SPD dem CDU-Kontrahenten diese Anerkennung versagt, offenbar mit Kalkül. Es soll eine öffentliche Stimmung geschaffen werden, in der „eigentlich kein vernünftiger und anständiger Mensch“ Koch wählen kann. So ein Kalkül ist allerdings eine ziemlich dumme Verachtung des Wählers. Wer möchte sich schon von einer Stimmungsmache einschüchtern lassen? Daher ist es in Hessen fast schon zu einer Frage der Selbstachtung der Wähler geworden, diese Bevormundung scheitern zu lassen. Nach dem Scheitern des Ypsilanti-Kurses hätte die SPD mit ihrem neuen Kandidaten ein anderes Zeichen setzen können und ihr Verhältnis zum geschäftsführenden Ministerpräsidenten in Ordnung bringen können. Diese Kraft hat sie nicht gehabt. Auch der Rückgriff auf das Wörtchen „neoliberal“ ist alles andere als harmlos. Das Verfahren stammt aus dem Propaganda-Kochbuch der Linksradi-kalen: Man nehme einen bestimmten skandalösen Auswuchs am Finanzmarkt und assoziiere ihn irgendwie mit dem allgemeinen Wort „liberal“. Das allgemeine Wort lässt sich dann überall ankleben: Mit dem Vorzeichen

„neoliberal“ werden nun alle Manager zu Zockern und der ganze Markt zu einem reinen Spekulationsfeld. Auch die anderen politischen Parteien können so zu Vertretern von egoistischer Gier und Bereicherung abgestempelt werden. Man muss gar keine Beweise oder Argumente mehr vorlegen, sondern kann sich allein auf die assoziative Macht des Klebewörtchens „neoliberal“ verlassen. Die SPD hätte die Möglichkeit, in der gegenwärtigen Krise klar zwischen den Auswüchsen am Finanzmarkt und den guten Grundlagen moderner Finanzmärkte zu unterscheiden. Gerade aus dieser Unterscheidung hätte sie Argumente für regulierende Eingriffe gewinnen können. Aber indem sie die Neoliberal-Kampagne von der Linken übernimmt, stellt sie die Marktwirtschaft unter Generalverdacht und vergibt sich eigene Gestaltungsmöglichkeiten.

Die deutsche Sozialdemokratie war schon einmal viel weiter. Ausgerechnet im Jahr 2009, in dem die SPD so deutlich der Sozialpartnerschaft misstraut und Gräben zwischen unterschiedlichen gesellschaftlichen Gruppen schaufelt, jährt sich zum fünfzigsten Mal die Verabschiedung des Godesberger Programms. Dies Programm, das im November 1959 verabschiedet wurde, war in einem ganz anderen Geist geschrieben. Die SPD hatte sich dazu durchgerungen, Kapital und Arbeit als zwei verschiedene und unverzichtbare Kräfte der modernen Welt anzuerkennen. Das war ein mutiger und verdienstvoller Schritt. Mit ihm führte sie die Arbeiterbewegung in der Bundesrepublik aus der Sackgasse eines Klassenkampfes, der das Kapital verdrängen wollte. Erst jetzt konnte die Sozialpartnerschaft wirklich zu einem allgemeinen Modell werden. Die „soziale Marktwirtschaft“ stand nun auf einer wirklich breiten Grundlage. Nun nahmen ganz unterschiedliche soziale Kräfte – Arbeitnehmer und Kapitaleigner, „Arme“ und „Reiche“ – an einem Projekt teil, ohne dass die sozialen Unterschiede eingeebnet werden mussten. Das Godesberger Programm markiert einen großen Schritt. Gewiß ist das Jahr 1949, in dem das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland, geschaffen wurde, politisch bedeutsamer. Aber sozial ist 1959 mit dem Godesberger Programm ein historisches Datum – denn es bringt einen langen Integrationsprozess der Arbeiterschaft zu einem guten Ende. Politisch wurde hier der Grundstein für eine Republik gelegt, in der Christliche Demokratie und Sozialdemokratie zwei gleichberechtigte und gegenseitig anerkannte Alternativen der Regierung darstellen.

Eigentlich läge es heute, in diesem kritischen Jahr 2009, sehr nahe, sich auf den Geist des Godesberger Programms vor fünfzig Jahren zurückzubesinnen. In der Krise kommt es vor allem darauf an, die wirtschaftlich Aktiven – Arbeitgeber und Arbeitnehmer – zu schützen und zu stützen. Eine Konsumförderung, wie sie jetzt vielfach vorgeschlagen wird, greift zu kurz – nicht nur, weil eine Schuldenfalle droht, sondern auch, weil die Menschen nur als Konsumenten eine Rolle spielen und nicht als produktive Sozialpartner. Unser Land muss seine Fähigkeit, Erträge zu erwirtschaften, verteidigen. Es muss seine Arbeitnehmerschaft ebenso verteidigen wie seine Unternehmerschaft. Dazu ist die „Soziale Marktwirtschaft“ eine gute Richtschnur. Man muss das Soziale allerdings richtig verstehen und nicht auf die Austeilung milder Gaben verkürzen. Zwei grundlegende Erkenntnisse gehören zum Sozialen: Zum einen ist Arbeit die Voraussetzung von Wohlfahrt. Das bedeutet, dass die arbeitenden Menschen eine besondere Aufmerksamkeit, Respekt und Schutz verdienen. Im Zweifelsfall müssen die Bedürfnisse der Nicht-Arbeitenden nach Sozialleistungen zurückstehen, damit diese Leistungen überhaupt erst einmal erwirtschaftet werden können. Die zweite Erkenntnis der Sozialen Marktwirtschaft besteht darin, dass Kapital zur aktiven Gesellschaft gehört und nicht nur Schmarotzer ist. Also ist der Satz „Ohne Kapital keine Arbeit“ die notwendige Ergänzung des Satzes „Ohne Arbeit kein Wohlstand“.

Diese doppelte Erkenntnis spielte beim Weg der deutschen Sozialdemokratie zum Godesberger Programm eine ganz konkrete Bedeutung. Die SPD war Arbeiterpartei, sie war ihrem ganzen Wesen mit der industriellen Arbeit verbunden. Mit ihr stand und fiel sie. Diese Bindungsstärke der SPD wirkte insgesamt mäßigend, trotz harter Arbeitskämpfe um einzelne Interessen. Sie übte immer wieder sanften Druck aus, sich mit der Kapitalseite zu verständigen. Man lernte, dass beide Seiten in einem Verdrängungskampf mehr zu verlieren als zu gewinnen hatten. Die Bindungsstärke wirkte auch mäßigend auf die Partei selber. Die SPD wurde zur sozialpartnerschaftlichen Kraft nicht gegen den Wert der Arbeit, sondern wegen ihm.

Vielleicht liegt hier ein Schlüssel zum Verständnis der Orientierungslosigkeit und der demagogischen Versuchungen der „SPD 2009“. Sie ist heute nicht mehr so stark eine Partei der Arbeit. Das Gewicht der Industriearbeiter hat in der Partei abgenommen, sogar stärker, als es in der Gesellschaft abgenommen hat. Andere soziale Schichten, vor allem soziale Dienstleistungsberufe und soziale Gruppen, die noch in der Ausbildung oder schon im Ruhestand stehen, prägen die Partei. Insgesamt finden wir in unserer heutigen Gesellschaft viele kleinere „oppositionelle“ Schichten und Milieus. Hier findet man häufig völlig überzogene Erwartungen und bisweilen einen Radikalismus, den man schon längst überwunden glaubte. Bei allen Unterschieden tragen solche Milieus in ihrer Bereitschaft zu Misstrauen und Protest manche Züge der früheren oppositionellen Arbeiterschaft. Hier besteht im Grunde eine neue historische Integrationsaufgabe – denn für die neuen sozialen Schichten hat eine mit der Arbeiterschaft vergleichbare Integration nicht stattgefunden. Die Sozialdemokratie – und auch die Christliche Demokratie als andere große Volkspartei – müssen hier in gewisser Weise von vorn anfangen und die soziale Marktwirtschaft neu erklären und die Sozialpartnerschaft neu begründen. Das kündigte sich schon 1959 an, als nicht alle SPDler den Godesberger Weg mitgehen wollten und eine Organisation namens SDS sich von der Partei lossagte. Die kulturellen Rebellionen der 60er Jahre wollten vom Godesberger Geist nichts wissen. Viele 68er haben ihn angefeindet und später einfach „vergessen“. Als Rot-Grün sich etablierte, fand keine programmatische Klärung statt, sondern nur Realpolitik. Für die SPD stellte das Programm von 1959 keine zentrale Referenz mehr da. Die Grünen glaubten, ohne ein eigenes „grünes Godesberg“ auszukommen und schlossen nie wirklich programmatisch Frieden mit dem System.

Heute zeigt sich, dass das wohl vorschnell war. Die erstaunliche Karriere „linksradikaler“ Positionen, die außerhalb wie innerhalb von SPD und Grünen Platz gewonnen haben, zeugt von einer geistigen Wehrlosigkeit. Das Problem der SPD ist nicht nur das äußere Bündnis mit der Linkspartei, das sie immer mehr einzugehen bereit ist. Das tiefere Problem dieser Partei besteht darin, dass sie in ihrem Innern den Versatzstücken linker Ideologie nichts systematisch Anderes entgegenzusetzen hat. Die inneren Scheidelinien sind unscharf geworden. 50 Jahre nach Godesberg kann die SPD die soziale Marktwirtschaft weder in Buchstaben noch im Geist wirklich gut verteidigen. Das programmatische Tor, das „Godesberg“ für die politische Integration der Bundesrepublik darstellt, ist unbesetzt. Aber es könnte sich noch als das Tor erweisen, durch das heute wieder Sozialpartnerschaft von sozialen Grabenkämpfen geschieden werden muss.

(Manuskript vom 5.3.2009, unveröffentlicht)